

Zusatzantrag

der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten zum Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend den Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2015 einschließlich Dienstpostenplan, Beilage 1300/2014, zur Budgetgruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, betreffend die Errichtung einer Landesvolksanwaltschaft für Oberösterreich

Der Oö. Landtag möge beschließen:

In der Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, wird ein neuer Abschnitt "Landesvolksanwaltschaft" geschaffen, der mit

dem Betrag von 50.000,-- Euro

ausgestattet wird.

Um den gleichen Betrag werden die im Art. III/5 bereitgestellten Mittel gekürzt.

Begründung

Für die objektive Kontrolle der Verwaltung, das Aufdecken von Missständen, die Prüfung von Beschwerden und unterstützende Beratung für die Bevölkerung soll als Ausdruck gelebter Bürgernähe eine Oö. Landesvolksanwaltschaft gegründet werden.

Die bestehenden Landesvolksanwaltschaften in Tirol und Vorarlberg sind Vorbilder und Beweis für den Sinn, Nutzen und Erfolg.

Die Tatsache, dass in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt 677 Beschwerden über die heimische Landes- und Gemeindeverwaltung bei der Volksanwaltschaft eingegangen sind, bestätigt, dass in Oberösterreich Bedarf für eine eigene Institution vorhanden ist. Die Vorbringen der betroffenen Bürger sollen nicht mehr nur in Wien, sondern direkt in unserem Bundesland behandelt werden.

Im Voranschlag für 2015 sind daher bereits geringe Mittel vorzusehen, um erste Schritte hin zu einer dauerhaften Einrichtung zu ermöglichen.

Linz, am 1. Dezember 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Povysil, Cramer, Steinkellner, Schießl, Nerat, Mahr, Klinger, Lackner, Wall